

Wolfgang Ruge: Wer war Heinrich Brüning. Bonn 2003, 101 S.

Wer war Heinrich Brüning? Diese Frage dürften sich wahrscheinlich manche Leute gestellt haben, als sie vom Vergleich hörten, den Oskar Lafontaine zwischen dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik und der heutigen bemühte. Ein Antwort auf obige Frage gibt nun eine Studie von Wolfgang Ruge, die auf der Grundlage eines Textes von 1985 verfasst wurde, der als Vorwort zu einer geplanten Veröffentlichung der Memoiren Brünings gedacht war. Die spannende Lektüre macht deutlich, dass jede personelle Gleichsetzung des ehemaligen Reichskanzlers mit einem aktuellen Amtsinhaber nicht viel taugt; da wären eher die jeweiligen Kabinette zu vergleichen. Doch das wäre nicht in Lafontaines Sinne gewesen; dabei wären die Unterschiede deutlich geworden.

Dr. Heinrich Aloysius Maria Elisabeth Brüning, Harry gerufen, ein tief gläubiger katholischer Westfale aus gut-bürgerlichem Hause, geboren 1895 in Münster, kämpft als Freiwilliger und Frontoffizier im Ersten Weltkrieg, wird mehrfach verwundet, bekommt das EKI und liest in Gefechtpausen Plato im Original. Am 11. November 1918 wird der überzeugte Monarchist bei seiner Elite-Einheit Vorsitzender des Soldatenrates (!), der auf Anweisung der Obersten-Heeres-Leitung gebildet werden musste – der einzige Befehl des von ihm verehrten Hindenburg, den er missbilligte.

Nein, nicht einmal in Hinsicht auf Frauen gibt es auch nur die geringste Ähnlichkeit zwischen Brüning und Schröder; H.B. blieb lebenslang Junggeselle. Dem jüngsten aller Fraktionsführer der Zentrumspartei wurden damals von der Presse Kränze geflochten, weil er „Tiraden und billige Effekte“ verschmähte und ihm „der sachliche Inhalt über die Form“ gehe.

Seine Politik als Reichskanzler weist indes manche Parallele zu heutigem „Gewurstel“ auf. Im Juli 1930 begann die Regierung mit der Sanierung der Staatsfinanzen durch ein weitgehendes Sparprogramm: Senkung der Arbeitslosenversicherung und andere Maßnahmen – alle als „Reform“ getarnt. Sie verfügte die Auflösung von Tarifverträgen und wurde von den Sprechern der Spitzenverbände der Industrie moderat belobigt, weil die „Herabsetzung der Löhne wichtigste Voraussetzung“ für die Erholung der Wirtschaft sei. Weitere soziale Einschnitte folgten, nach Auffassung des Deutschen Industrie- und Handelstages notwendig „zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren“. Im Oktober 1930 setzte die Regierung durch staatliche Schlichter die Tariflöhne in der me-

tallverarbeitenden Industrie um acht Prozent herab; Kündigungsschutz abzubauen war nicht nötig, den gab es noch nicht. Spontane Streiks und Betriebsbesetzungen, von der Gewerkschaft im Stich gelassen, konnten nicht viel ändern.

Aus „Gipfelgesprächen“ zwischen Unternehmerverbänden und Reichsregierung, eine Art Bündnis für Arbeit, war zu vernehmen, man wolle das Ganze „sozial verträglich“ gestalten. Im Januar 1932 war die Arbeitslosenzahl auf 6.014.000 gestiegen, d.h. zehn Prozent der Bevölkerung. Die Realeinkommen und der Anteil der Lohn- und Lohnnebenkosten verringerten sich in den meisten Industriezweigen um mehr als die Hälfte.

Ruges Buch kommentiert indirekt auch einen anderen jüngsten Streit: nämlich den zwischen dem SPD-Fraktionsvize Stiegler und historisch unterbelichteten CDU-Männern über die Feststellung, dass die Vorgängerparteien von CDU/CSU und FDP Hitler das Ermächtigungsgesetz in die Hand gegeben haben. Hier wird anhand der Brüning'schen Memoiren akribisch aufgelistet, welche Rolle die bürgerlichen Parteien im Machtpoker, der im faschistischen Desaster enden sollte, gespielt haben.

Also, man sollte durchaus bei Ruge nachschlagen.

Wünschenswert wäre gewesen, wenn der Autor Aktualisierungen auf der Grundlage inzwischen vorliegender Forschungen und Publikationen eventuell drucktechnisch kenntlich gemacht hätte; andererseits bleibt so der spezifische Charme des Textes erhalten. Auch hätte ich gern von dem exzellenten Historiker und Biografen Ruge die Meinung zu der 1999 erschienen apologetischen Biografie von Astrid Luise Mannes gelesen.

Heinz Niemann in Neues Deutschland, Beilage zur Leipziger Buchmesse März 2003.

Der Krisenkanzler

Wer war Heinrich Brüning? Für die SPD war er das »kleinere Übel«. Ein Büchlein von Wolfgang Ruge

Werner Röhr

Wolfgang Ruge hat vorzügliche Biographien von Politikern der Weimarer Republik geschrieben, so von Stresemann, Erzberger, Hindenburg oder Hitler (bis 1933). Mit Brüning aber tat er sich schwer. Zu den Eigenheiten des ebenso klerikalen wie schlitzohrigen, ebenso skrupellosen wie kleinkarierten Meisters des Lavierens, der persönlich pedantisch, phantasie- und farblos blieb, fand Ruge keine Beziehung. Den Text, den Pahl-Rugenstein jetzt unter dem Titel »Wer war Heinrich Brüning?« veröffentlichte, ist denn auch keine Biographie, sondern ein Kommentar zu den Memoiren Heinrich Brünings, die 1970 in Stuttgart erschienen sind. Ruge hat ihn 1985 als Einleitung zu einer Ausgabe von Brünings Memoiren geschrieben, die in der DDR herauskommen sollten. Da die Edition scheiterte, blieb auch der Kommentar unveröffentlicht. Um Brüning war es jahrzehntelang still, doch in der heutigen Zeit forcierten Sozialabbaus, der »Enttabuisierung des Militärischen« und der Verteidigung »deutscher Interessen« am Hindukusch wird erneut nach Brünings Rolle am Ende der Weimarer Republik gefragt. Ruges Antwort ist da sehr hilfreich.

Nun veröffentlicht Ruge nicht einfach den Text von 1985. Da dem Kommentar kein Referenztext folgt, fügte er ausführliche Zitate aus den Memoiren sowie Zwischenüberschriften ein, so daß das Ganze nun doch Züge einer politischen Teilbiographie gewinnt. »Teilweise wurde auf in der DDR übliche Terminologie verzichtet«, schreibt Wolfgang Ruge im Nachwort, doch von dem 1985 gewählten Ansatz der Kritik Brünings ist Ruge nicht abgegangen.

Heinrich Brüning wurde am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Brüning hatte gute Verbindungen zu einflußreichen Chemie- und Elektroindustriellen, zu Großbankiers und rheinisch-westfälischen Konzernherren wie Klöckner, Wolff und Silverberg. Obwohl er sich als Wirtschaftspolitiker profiliert hatte, gehörte er nicht zu den bekannten oder führenden bürgerlichen Politikern der Weimarer Republik; ins Amt des Reichskanzlers kam er erst auf Drängen des führenden politischen Kopfes der Reichswehr, General Kurt von Schleicher. Die Reichswehrführung setzte auf Brüning, um das sozialreaktionäre Krisenprogramm der deutschen Großbourgeoisie durchzusetzen und

den Parlamentarismus schrittweise abzubauen.

Im Juli 1930 löste Brüning den Reichstag auf. Zunächst schaltete er das Parlament aus der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung aus, um Steuererhöhungen, Senkung der Löhne und Gehälter, Subventionen für Großindustrie, Großbanken und ostelbische Großgrundbesitzer mittels Notverordnungen zu erzwingen. Mit einer »Verordnung zum Schutz des inneren Friedens« beschneit Brünings Regierung die demokratischen Rechte der Arbeiter (Ruge schreibt nun »Arbeitnehmer«), vor allem das Streikrecht. Nach dem erdrutschartigen Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 förderte Brüning die »probeweise« Einbeziehung der NSDAP in Landesregierungen. In einem Gespräch mit Hitler entwarf er am 5. Oktober 1930 einen Zweistufenplan zur Beseitigung der Republik: Die erste Phase sah die Sanierung der Wirtschaft mit Unterstützung der SPD vor — bei Scheinopposition der NSDAP; eine zweite Phase dann Streichung der Reparationen und Aufhebung des Versailler Vertrages mit Hilfe der NSDAP. Danach, so Brüning, sollte die Regierungsgewalt an Hugenberg und Hitler übergeben werden.

Die SPD tolerierte diese Politik Brünings als »kleineres Übel« gegenüber der NSDAP und schwächte damit den Kampf der Antifaschisten gegen den Faschisierungsprozeß. Nachdem Brüning die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1932 erfolgreich organisiert hatte, wurde er auf Druck der den Faschisierungskurs verschärfenden Reaktion von Hindenburg entlassen. Zwischen März und Juli 1933 war er faktisch Vorsitzender des Zentrums und strebte ein Regierungsbündnis mit der NSDAP an, beriet Hitler in außenpolitischen Fragen und trat vor der Auslandspresse für die Regierung Hitler auf.

Seit Mai 1934 lebte Brüning in Großbritannien und seit 1939 in den USA, dort warb er unter reaktionären Kreisen um Unterstützung für das faschistische Aufrüstungsprogramm. Seit 1952 als Professor für politische Wissenschaften in Cambridge/Massachusetts (1952 bis 1955 auch in Köln), versuchte er erneut, reaktionäre Kreise für eine Wiederbelebung seines 1932 gescheiterten Konzepts eines antikommunistisch ausgerichteten, autoritär-klerikalen Staates zu interessieren. 1955 zog er sich resigniert aus der Politik zurück.

Seine »Memoiren 1918-1934« erschienen postum 1970. Sie waren ein schwerer Brocken für seine historiographischen Apologeten in der BRD. Gingen diese doch seit Jahrzehnten mit dem Argument hausieren, Brüning habe die bürger-

liche Demokratie zu retten versucht, zwar mit undemokratischen Mitteln, aber mit respektablem Ziel. Dies war bereits die argumentative Grundlage der Tolerierungspolitik der SPD gewesen. Die Offenheit, mit der Brüning in seinen Memoiren bekennt, daß er das Ziel verfolgte, die demokratische Republik zu beseitigen, mag mancher zynisch nennen. Aber sie widerlegte seine Apologeten und bestätigte die Ergebnisse marxistischer Geschichtsforschung.

»Ohne Umschweife gesteht Brüning ein, sich in allen Schlüsselfragen mit großmächtigen Konzernherren beraten, ihre Ziele ver- und ihre Weisungen befolgt zu haben und von der Überzeugung ausgegangen zu sein, daß die >Gesundung der Wirtschaft< die Verelendung der Massen voraussetze. Uneingeschränkt bekennt er sich zum Antikommunismus, zur Aufrüstung, zum Revanchismus und betrachtet die Bereitschaft und Fähigkeit, Wähler und Parlamente zu hintergehen, als unverzichtbare staatsmännische Weisheit. Schließlich rechnet er es sich als Verdienst an, Bedingungen geschaffen zu haben, unter denen das faschistische Programm getestet werden konnte ... Somit stellen Brünings Memoiren eine beeindruckende Entlarvung des Weimarer Regierungssystems dar«, bilanziert Ruge. (S.12)

So selbstentlarvend diese Memoiren sind, Brüning beabsichtigte mit ihnen, eine »grandiose Apologie« (Rudolf Morsey) seiner Person zu schaffen und zu beweisen, daß nur er die richtigen Lösungen der Probleme parat gehabt habe. Diese erweisen sich, so Ruge, »bei näherem Hinsehen als kaum verschleierte Rezepte zu perfekterer Heuchelei, zu geschickterer Irreführung, zu ausgeklügelter Erpressung der Rivalen und zu raffinierterer Auspowerung des Volkes«. (S.13) Wenn Brüning nachträglich den »Abgrund der Korruption und des Leichtsinns in der Wirtschaft«, wenn er die »Räubermoral der Bankiers« und die Borniertheit der Politiker anprangert, so darf nicht vergessen werden, daß er sie vor seiner zeitgenössischen Öffentlichkeit nie bloßgestellt hat. Die Lücken und Fälschungen in seinen Memoiren geben Aufschluß über seine persönliche Position. Aus der Sicht der Konzerngewaltigen war Brüning der geeignete Mann für die Einleitung einer Übergangsperiode. Als Künstler im Lavierer nach allen Seiten unübertroffen, wollte er den völligen Bruch mit der aus der Regierung geworfenen Sozialdemokratie vermeiden, auch verfügte er nur über eine beschränkte Massenbasis. Brüning war daher nicht der Massendemagoge und Gewaltpolitiker, den man zur Errichtung einer offen diktatorischen Herrschaft brauchte. Nachdem der Großteil der in der Novemberrevolution erkämpften sozialen Errungenschaften zurückgenommen, die Präsidial-

gewalt gefestigt und günstige Startbedingungen für ein Diktaturregime geschaffen waren, wurde Brüning gegangen und Papen geholt.

junge Welt vom 12.04.2003, Wochenendbeilage